

Jetzt muss die Strombranche liefern

Die Politik hat den Weg bereitet. Eine sichere Stromversorgung erfordert rasches Entscheiden und Handeln. Und Kompromissbereitschaft.

Die Politik steht im Ruf, ihre Mühlen mahlen zu langsam. Zu Recht. Wir hätten es meistens auch gerne schneller. Doch das enge Korsett der Entscheidungsfindung, der Mehrheitssuche, der Vernehmlassungen braucht Zeit.

In ausserordentlichen Situationen, wie bei der drohenden Strommangellage, beweist die Politik sehr wohl, dass sie zu raschem Handeln fähig ist.

Im Rahmen des Mantelerlasses zum Energiegesetz zimmerte der Ständerat in der Herbstsession in drei Wochen intensiver Arbeit ein Konstrukt, das den massgeblichen Zubau von erneuerbaren Energien ohne die üblichen, zeitraubenden Verfahren ermöglicht. Die Verfassung ist dabei, entgegen anders lautenden Meinungen von selbst ernannten Experten, nicht übergangen worden.

Die Strombranche hat von der Politik grünes Licht erhalten, die Selbstversorgung durch erneuerbare Energie zeitnah zu steigern. Das grösste Potenzial liegt in der Wasserkraft und der Fotovoltaik.

Mittlerweile wissen es alle: Die Schweiz hat sich zu stark und zu lange auf den Kauf von Importstrom verlassen. Diese unübersehbare Schwäche der Energiestrategie 2050 deckte der Ukraine-Krieg schonungslos auf.

Das beschlossene dringliche

Bundesgesetz ist Einsicht und Wende zugleich. Es fordert die Strombranche inklusive Swisgrid auf, unverzüglich ihren Job zu machen. Ein Verstecken hinter den «langsamen Mühlen der Politik» ist ab sofort nicht mehr möglich.

Ich erwarte, dass unsere Stromproduzenten Projekte auf die Reihe kriegen, die uns mittel- und langfristig nachhaltig vor einer Mangellage schützen. Es ist nicht damit getan, uns im kommenden Spätwinter mit thermischen Kraftwerken über die Runden zu «dieseln». Schliesslich haben wir nicht einen Milliarden-Rettungsschirm für Axpo, BKW, Alpiq u.a. bereitgestellt, damit diese weiter im Ausland investieren und keinen Beitrag an die Stromversorgungssicherheit der Schweiz leisten.

Das Problem ist langfristig struktureller Art. Leere Stauseen im Frühjahr lassen den heimischen Strom zu dieser Zeit auf Jahre hinaus knapp werden. Sparen und Effizienzsteigerung können helfen, die Situation zu entschärfen. Eine nachhaltige Lösung zu einer sicheren Versorgung bieten sie aber nicht.

Der Stromverbrauch steigerte sich in den letzten 20 Jahren in der Schweiz um mehr als sechs Terawattstunden auf 60 TWh. Die rasch wachsende Bevölkerung, die fortschreitende Digitalisierung und E-Mobilität verheis-

sen uns, dass der Bedarf in Zukunft weiter ansteigt. Parallel dazu wollen wir schon bald noch die von den Kernkraftwerken gelieferte Bandenergie am nationalen Strommix ersetzen.

Also müssen wir jede Chance auf Zubau nutzen. Die Kelle kann nicht gross genug sein, die heimische, erneuerbare Stromproduktion zu fördern.

Heute deckt die Wasserkraft rund 60 Prozent des Strombedarfs ab. Hier kann durch den Aus- und Neubau von konkret vorhandenen Projekten in fünf bis zehn Jahren eine Steigerung von zwei bis vier TWh erreicht werden.

Etwas schneller geht es mit der Fotovoltaik. Werden die angedachten Grossprojekte in den Alpen realisiert, wird in relativ kurzer Zeit ein Zubau in der gleichen Grössenordnung möglich sein. Die PV-Anlagen haben den Vorteil, dass sie etappiert ans Netz können. Es ist gut, hat der Walliser Staatsrat unverzüglich den Bau von Testanlagen bewilligt. Das steigert den Handlungsdruck auf die Branche.

Wir brauchen jetzt Tempo. Und Macher. Die ewigen Bedenkenträger sollen sich melden, wenn sie praktikable Alternativen parat haben, die aus dem Produktionsengpass führen. Wir können nicht mehr zuwarten, bis jeder Hausbesitzer auf seinem Dach

Solarpanels montiert hat... wenn er denn überhaupt kann. Und auch die PV-Flächen im Flachland, wie z.B. entlang der Autobahnen, haben ihre Grenzen. Laut dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) liegen hier maximal 45 Gigawattstunden drin. Im Vergleich zu hochalpinen Solaranlagen «peanuts».

Der bisher als Rettungsanker gesehene Stromimport wird immer schwächer. Unsere Nachbarländer stecken in ähnlichen Versorgungsproblemen wie wir und haben mit der Deckung des Eigenbedarfs genug zu tun. Ab 2025 haben wir, ohne Stromabkommen, kaum noch Aussichten, von der EU beliefert zu werden.

Wir müssen uns entscheiden. Fördern wir nicht ab sofort mit allen möglichen Mitteln den Zubau von Wasserkraft und Fotovoltaik, kommt die Forderung nach dem Bau eines neuen Kernkraftwerkes so sicher wie das Amen in der Kirche. Spätestens dann wird der letzte Umwelt- und Klimaschützer aus seinem Wohlfühlschlaf erwachen.



Beat Rieder
1963, stammt aus Wiler. Er ist Ständerat der Mitte Oberwallis.
beat.rieder@parl.ch